

Stellungnahme des SoVD zu Prävention in Schleswig-Holstein, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion des SSW

Drucksache 20/1854

Kiel, 28.08.2024

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann, sehr geehrte Damen und Herren,

als größter Sozialverband zwischen den Meeren mit über 170.000 Mitgliedern bedanken wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Viele unserer Mitglieder weisen schwerwiegende Erkrankungen auf, sind voll oder teilweise erwerbsgemindert oder haben eine Behinderung. Außerdem ist in einem der reichsten Länder der Erde Gesundheit zu einem hohen Maße abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit. Ein gesundes Leben muss man sich also leisten können. Deshalb setzen wir uns seit vielen Jahren für Verbesserungen bei der Prävention ein.

Wir begrüßen die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage des SSW ausdrücklich. Sie liefert einen Überblick über die Präventionsprojekte von Landesregierung, Kreisen und Kommunen seit Einführung des Präventionsgesetzes im Jahr 2015. Gleichzeitig rückt mit dieser Großen Anfrage offenbar das Thema auch wieder in den Fokus der Landesregierung. Dass seit 2019 kein Strategieforum stattgefunden hat, kann in unseren Augen nicht allein mit der Pandemie begründet werden. Die Landesrahmenvereinbarung Prävention (LRV) als Grundlage der Präventionsplanung in Schleswig-Holstein sieht eine jährliche Tagung des

Strategieforums vor. Bereits vor der Pandemie wurde das Intervall nicht eingehalten.¹ Deshalb ist die Klage der Landesregierung, sie könne Präventionspolitik nur über den LRV mitgestalten und sei ansonsten auf die Kommunen als Trägerinnen der Präventionspolitik angewiesen, nicht nachzuvollziehen.² Es ist deshalb positiv, dass die große Anfrage des SSW das Thema wieder auf die politische Tagesordnung setzt, denn der Mangel an flächendeckenden Präventionsangeboten in Schleswig-Holstein ist nicht allein der Landesregierung anzulasten, sondern ist auf die Struktur des Gesundheitssystems zurückzuführen, das einer grundlegenden Reform bedarf. Hier sind alle Akteur*innen auf Bundes- und Landesebene gefordert, einen Kulturwandel herbeizuführen.

Das deutsche Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt. Der hohe Standard der medizinischen Behandlung führt aber nicht dazu, dass die Menschen hier länger und mit weniger gesundheitlichen Einschränkungen leben können. Hier sind uns andere europäische Länder oftmals voraus, weil sie Präventionspolitik stärker ins Zentrum ihrer Maßnahmen gerückt haben.³ Es zeigt sich mehr und mehr, dass der hiesige Fokus auf die Heilbehandlung die gesamtgesellschaftlichen Kosten in die Höhe treibt und falsche Anreize setzt. Dabei zahlen sich Präventionsmaßnahmen bereits nach wenigen Jahren finanziell spürbar aus. Prävention muss deshalb ein gleichrangiger Schwerpunkt werden, damit wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf Lebenserwartung und Lebensqualität nicht noch weiter abgehängt werden. Ebenso ist auch die Rehabilitation zu stärken und muss flächendeckend sowie kurzfristig erreichbar sein. Trotz grundsätzlich bei der kommunalen Ebene liegender Verantwortung ist die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse grundgesetzlich geboten. Deshalb sollten kreisbezogene Maßnahmen, so sie Pilotcharakter haben, auch landesweit durchgeführt werden.

Der Bericht der Landesregierung zeigt darüber hinaus, dass viele in unseren Augen sinnvolle Projekte trotz großer Kostensteigerungen seit nunmehr 10 Jahren mit den gleichen oder nur geringfügig angepassten Fördersummen auskommen müssen. Die

¹ Vgl. Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie gemäß § 20f SGB V im Land Schleswig-Holstein, https://www.gkv-spitzenverband.de/media/dokumente/krankenversicherung_1/praevention_selbsthilfe_beratung/praevention_praevention_npk/2016-12-14_LRV_Schleswig-Holstein.pdf, zuletzt aufgerufen am 31.07.2024.

² Vgl. Schleswig-Holsteinischer Landtag. 20. Wahlperiode. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten des SSW. Prävention in Schleswig-Holstein. Drucksache 20/1854, S. 6.

³ Vgl. Dziuk, Birgit, Friedrich, Holger, Friedrich-Ebert-Stiftung: Mehr Vorsorgen statt Versorgen! Ein Impuls für mehr Früherkennung und Prävention in der Gesundheitsversorgung. Bonn 2024, S. 1f., <https://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/21352.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.07.2024.

Krise der sozialen Arbeit, verursacht durch knappe Kassen wird hier besonders deutlich.

Wir begrüßen die Diskussion um die Große Anfrage ausdrücklich und freuen uns auf den neuen Schwung, den die Präventionsdebatte in Schleswig-Holstein hierdurch hoffentlich nehmen wird und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender

Kirsten Grundmann
Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses

Dr. Thorsten Harbeke
Referat Sozialpolitik und Kommunikation